



## Zur Sache

Liebe Leserinnen und Leser,

vor einem Jahr wurden die Pläne zur Stellenstreichung am UKGM bekannt, wenig später die Absicht, das UKGM zu verkaufen. Die Übernahme durch Fresenius ist gescheitert, der Stellenabbau aber nicht. Bundesweit beispielgebend haben sich Bürgerinnen und Bürger für eine gute medizinische Versorgung und gute Arbeitsbedingungen am Klinikum eingesetzt. Auch die SPD bezieht klar Position.

UKGM und die geplanten neuen Förderrichtlinien für Einrichtungen der Kinderbetreuung zeigen, wie wenig Gehör die jeweils Betroffenen auf Landesebene finden. Da wird Politik über die Köpfe der Menschen hinweg gemacht. Die Marburger SPD-Fraktion geht einen anderen Weg. Wir suchen das Gespräch und entwickeln gemeinsam Lösungen. Nicht immer kann man es allen recht machen. Aber Politik lebt vom Dialog. Diesen Dialog bieten wir Ihnen an. Kommen Sie zu den Terminen unserer Aktionswoche „Fraktion vor Ort“, sagen Sie uns Ihre Meinung zu den Themen, die wir Ihnen in dieser neuen Ausgabe von **wir tun was** vorstellen.

## Inhalt

Geplantes Kinderförderungsgesetz ablehnen	1
UKGM: Interview mit Dr. Thomas Spies	2
Nahwärmeversorgung Waldtal	3
<b>Fraktion vor Ort:</b> <b>2. bis 8. März 2013</b>	<b>3</b>
Bürgerworkshop Nordstadt	4
Gleiche Bezahlung für Frauen und Männer	4

## Kinder wirklich fördern „Nein“ zum Kinderförderungsgesetz

Ende letzten Jahres hat die CDU-FDP-Mehrheit im Landtag den Entwurf eines Kinderförderungsgesetzes eingebracht. Es soll Anfang März erneut beraten und dann baldmöglichst abgestimmt werden. Das Gesetz regelt unter anderem die Grundsätze der finanziellen Beteiligung des Landes an der U3-Betreuung und Kitas. Es ist ein schlechtes Gesetz. Das sagt nicht nur die SPD, sondern das sagen alle, die Ahnung von der Materie haben.



**Steffen Rink**  
Fraktionsvorsitzender

■ ... Betriebswirtschaft statt angemessener Betreuung

„Fallpauschalen“, Mittelwerte für die Anwesenheitszeiten der Kinder, wenig Zeit für Vor- und Nachbereitung für die Beschäftigten, keine angemessene Berücksichtigung des Mehraufwands für Inklusion und Förderung benachteiligter Kinder: Das sind nur einige der Stichpunkte, weshalb das sog. Kinderförderungsgesetz so nicht geht. Im Ergebnis werden die Gruppen größer und lange Öffnungszeiten sind nicht mehr bezahlbar. Es gibt mehr befristete Beschäftigte und mehr nicht-

qualifiziertes Personal. Die Betriebswirtschaft steht im Vordergrund, nicht mehr das einzelne Kind.

Was für ein schlechter Witz: Da hat das Land per Verordnung Gruppengrößen verkleinert, doch die Gerichte mussten das Land zur Übernahme der Mehrkosten zwingen. Nun nimmt das

Land das Geld den Trägern der Einrichtungen durch das neue Gesetz wieder weg.

■ ... das Land zieht sich auf Kosten der Kommunen zurück

Es kann aber nicht sein, dass die Kommunen, dass die Stadt Marburg für eine verfehlte Finanzpolitik von CDU und FDP erhalten müssen und am Ende den Erhalt der Standards in der Kinderbetreuung aus eigenen Mitteln bezahlen. Genau darauf aber spekulieren CDU und FDP.

Das Land hat sich endlich angemessen an der Finanzierung zur Förderung der Kinder zu beteiligen. Andere Bundesländer machen vor, wie das geht. In Hessen aber wird vom Wenigen noch weggenommen.

# Wie weiter mit dem Uni-Klinikum?

Fragen zur neusten Entwicklung am UKGM  
an Dr. Thomas Spies

Vor einigen Wochen haben die CDU-FDP-Landesregierung und die Rhön AG eine Vereinbarung zur Zukunft des Uni-Klinikums abgeschlossen. Das Land gibt Investitionszuschüsse, für die Partikeltherapie wird bis Ende 2013 eine Lösung angestrebt.

Bislang hat die Rhön AG immer behauptet, man brauche keine Hilfen des Landes – nun hält man die Hand auf, weil ein Universitätskrankenhaus anders funktioniert als ein Kreiskrankenhaus.

Festzuhalten bleibt: Die Privatisierung war und ist falsch. Doch das Fenster zum Rückkauf ist geschlossen. Wie beurteilt unser Landtagsabgeordneter Thomas Spies die aktuelle Entwicklung?

**Thomas, die Regierung Bouffier und die Rhön AG schließen eine Vereinbarung zur Zukunftssicherung des Uni-Klinikums ab. Ein Vertrag für eine gute Zukunft?**

Die Privatisierung unserer Uniklinik war, ist und bleibt ein Fehler der CDU-Landesregierung. Und der Vertrag war der schlechteste, den das Land Hessen abgeschlossen hat. Jetzt wird nachverhandelt, aber auch nicht sehr erfolgreich: denn diese neue „Vertragsabsichtserklärung“ („Letter of intent“) ist zunächst mal teuer – 16 Millionen pro Jahr ist eine Menge Geld. Zumal das Uniklinikum verkauft wurde, um 260 Millionen Euro für Investitionen zu sparen – 170 Millionen für einen Neubau in Giessen und 90 Millionen für den 3.



Bauabschnitt in Marburg. Aber mit 16 Millionen pro Jahr hätte das Land auch selbst über 25 Jahre diese Investitionen abtragen können. Damit fehlt auch der letzte Grund für die Privatisierung. Wie viel dieser nachverhandelte Vertrag bringt, wird man erst sehen können, wenn aus den An-

kündigungen tatsächlich ein neuer Vertrag geworden ist. Aber ich weiß wer verhandelt – das macht mich nicht sehr zuversichtlich.

**Rhön behauptet, man wolle die Partikeltherapie, brauche aber noch etwas Zeit...**

Das Argument für den Stopp der Partikeltherapie war, dass nicht genug Patienten pro Woche behandelt werden können, damit es sich lohnt. Eine rein ökonomische Frage. Daran wird sich auch in einem Jahr nichts geändert haben. Die Anlage selbst ist ja vorhanden und könnte betrieben werden – wenn man denn wollte. So stand es auch im Herbst in der Oberhessischen Presse. Es gibt eigentlich nur einen Grund, warum das jetzt auf nach der Landtagswahl vertagt wird: die CDU-Regierung will Zeit gewinnen, weil sie ihrem schlechten Vertrag selbst nicht traut und Angst hat, vor Gericht zu verlieren. Deshalb wird wohl lieber auf Zeit gespielt bis nach der Landtagswahl.

**Die Beschäftigten waren bei den Verhandlungen zwischen Bouffier und Rhön nicht dabei. Auf sie kommen wahrscheinlich weitere Arbeitszeitver-**

**dichtungen und Mehrarbeit zu. Was sagst du, was sagt die SPD dazu?**

Das ist typisch: Bouffier hat wieder einmal über, aber nicht mit den Beschäftigten gesprochen. Er hat vor einem Jahr ein Ende des Stellenabbaus versprochen – seither sind hunderte Stellen abgebaut. Und auch jetzt wird es nicht besser: man strebt ein Moratorium bis 2014 nur an. Tatsächlich kommt es aber darauf an, dass je nach Anzahl der Patienten auch genügend Personal da ist. Deshalb fordert die SPD seit Jahren auf allen Ebenen gesetzliche Personalstandards – nur so sind Patienten sicher.

Außerdem sagt die Landesregierung, sie kenne das Gutachten der Unternehmensberatung McKinsey nicht. Dennoch vereinbart sie, dass genau dieses Gutachten berücksichtigt werden soll. Das scheint mir nicht so ganz schlüssig, um es vorsichtig zu sagen.

**Das Land bekommt zwei Sitze im Aufsichtsrat und sogar der Opposition sollen Vertreter in den Aufsichtsgremien angeboten werden. Bringt das mehr Kontrolle und Einfluss im Unternehmen?**

Das ist sicher ein erheblicher Fortschritt, auch wenn es etwas überschätzt wird: Der Aufsichtsrat kann kontrollieren, darf aber zum einen nichts davon nach außen geben. Damit gibt es nur ein bisschen mehr Transparenz. Und zum anderen hat die Rhön-Kliniken AG weiter 95% der Geschäftsanteile, kann also weitgehend bestimmen. Also etwas mehr Kontrolle, aber keinen Einfluss. Dazu müssten die Gesellschaftsanteile des Landes deutlich erhöht werden.

**Was wären aus Sicht der SPD die zielführenden Maßnahmen für die Zukunft unseres Uni-Klinikums?**

Erstens gesetzliche Personalstandards, wie die SPD sie als erste gefordert hat und fordert. Zweitens Landesmittel nur gegen Gesellschaftsanteile. Drittens eine stärkere Krankenhausaufsicht. Und viertens eine sozialdemokratische Landesregierung, die die Interessen der Patienten, der Beschäftigten und von Forschung und Lehre an erste Stelle stellt.

**Dr. Thomas Spies, sozial- und gesundheitspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Mit-Erfinder des Konzepts der Bürgerversicherung, hat in den vergangenen Jahren die SPD-Position zum UKGM maßgeblich mitbestimmt.**

# Die Marburger SPD-Fraktion vor Ort

## 62. Aktionswoche: 2. bis 8. März 2013

Die erste Runde **Fraktion vor Ort** in diesem Jahr führt uns wieder zu zahlreichen Verantwortlichen in Vereinen und Einrichtungen in der Stadt, um Gespräche zu führen, uns zu informieren und zu schauen, welche Anliegen aktuell sind, wo Handlungsbedarf besteht oder es neue Entwicklungen gibt.

Herzliche Einladung zur Ausstellungseröffnung „150 Jahre SPD“ im Marburger Rathaus am 2. März um 15.00 Uhr! Die Ausstellung ist bis zum 16. März geöffnet.

Ihre Marburger SPD-Fraktion



## Klimawandel ist möglich

### „Ein Leuchtturmprojekt der Stadtwerke“ für das Waldtal

So nannte Rainer Kühne, der Geschäftsführer der Stadtwerke Marburg das dann von Herrn Berghammer vorgestellte Konzept eines modernen Blockheizkraftwerkes im Waldtal. „So etwas gibt es sonst in ganz Hessen nicht mehr! Und: wir können damit den Strom und den Wärmebedarf des gesamten Stadtteils decken.“ Zur Energieerzeugung würden ausschließlich Bio-Brennstoffe wie Holzhackschnitzel und Biogas dienen. Das Waldtal würde ein Nahwärmenetz bekommen, an das alle Mietwohnungen, auch das Studentendorf und die Einzelhäuser angeschlossen werden könnten. „Wir können die Wärme so günstig liefern, so Rainer Kühne, wie Sie sie selbst nie erzeugen könnten. Sie bräuchten auch keine Heizungsanlage mehr und selbst die Wartung der Wärmestationsstation übernehmen wir von den Stadtwerken.“ Verbessern würde sich auch die Luftsituation, weil die eine große Anlage viel besser arbeitet als viele kleine Brennstellen. Einen besonderen Clou hat man sich für den Standort ausgedacht. Die Anlage stünde direkt an der Panoramastraße, so dass keine Anlieferung der Brennstoffe durch den Stadtteil erfolgen müsste. Jetzt kommt es darauf an, dass viele, vielleicht alle mitmachen. Wegen seiner kompakten Struktur und der dort vorhandenen



**Ulrich Severin**  
Stadtverordneter  
Marburg-Nord  
Sozialpolitischer  
Sprecher

Bürgerbeteiligung eignet sich dieser Stadtteil besonders für die Entwicklung eines solchen Konzepts.

Im Stadtteil werden ungefähr 90% der Wohnungen über Vermietungen zur Verfügung gestellt. Deshalb wäre hier die Einrichtung eines Nahwärmenetzes besonders wirksam.

Die ersten Interessentenummeldungen konnte Rainer Kühne von den Stadtwerken

schon am Info-Nachmittag mitnehmen. Dabei war auch die Wohnungsbaugesellschaft Wohnstadt. Ziel dieses Konzeptes ist es, dass der Energieverbrauch deutlich reduziert und im Bereich des Stadtteils ausreichend regenerative Energie erzeugt wird.

„Wenn es gut läuft,“ so Uli Severin, „dann kann das Blockheizkraftwerk im Waldtal ein Pilotprojekt für weitere Stadtteile werden. Denn wir brauchen einen guten Mix aus vielen Maßnahmen zum nachhaltigen Klimawandel.“



### Samstag, 2. März

- 15.00 Uhr Eröffnung Ausstellung 150 Jahre SPD, Rathaus
- 17.00 Uhr Internationales Marburger Suppenfest, Thomaskirche, Chemnitzer Straße 2

### Montag, 4. März

- 16.30 Uhr Besuch des Eltern-Kind-Vereins
- 18.00 Uhr Treffen mit SPD-Ortsvorstehern und SPD-Ortsbeiratsmitgliedern

### Dienstag, 5. März

- 19.30 Uhr Besuch des Vereins für Selbstbestimmung und Betreuung e. V.

### Mittwoch, 6. März

- 17.30 Uhr Diskussionsveranstaltung zum geplanten Kinderförderungsgesetz, Mensa
- 19.30 Uhr Besuch der DRK-Schwesternschaft

### Donnerstag, 7. März

- 17.00 Uhr Treffen mit dem Ausländerbeirat
- 19.30 Uhr Jahreshauptversammlung SPD-Stadtverband, Bürgerhaus Wehrda

### Freitag, 8. März

- 18.00 Uhr Internationaler Frauentag: „Frauen von 13 bis 99 Jahren begegnen sich“, KFZ, Schulstraße 6
- 20.00 Uhr Verleihung Marburger Kamerapreis, Alte Aula der Philipps-Universität

# Verkehrsentwicklung Nordstadt

## Bürgerbeteiligung bei Werkstattgesprächen

Im Marburger Nordviertel, angefangen von der Umgestaltung von Bahnhof und Bahnhofsvorplatz bis hin zum geplanten Campus Firmani ist Einiges in Bewegung, das die Stadt auf lange Sicht prägen wird.

Vor kurzem ist die Diskussion um die Verkehrsführung im Nordviertel, insbesondere die Frage nach einer möglichen Sperrung der Elisabethstraße, in die nächste Runde gegangen.

Am 26. Januar fand das gut besuchte „Werkstattgespräch“ statt, zu dem der Oberbürgermeister eingeladen hatte. Neben den rund 70 Teilnehmer(innen) vor Ort konnten erstmals auch alle anderen Interessierten das Geschehen per Live-Stream verfolgen; ein bürgerfreundliches Angebot, das von rund 1000 Marburgerinnen und Marburgern wahrgenommen wurde. Drei Szenarien wurden von externen Verkehrsplanern vorgestellt und anschließend unter verschiedenen Gesichtspunkten diskutiert. Es wurde in



**Sonja Sell**  
Baupolitische  
Sprecherin

verschiedenen Gesprächsrunden deutlich, dass einiges für eine Einführung einer Umweltzone in der Elisabethstraße spricht und diese auch planerisch möglich ist, wobei aber die Bedenken und Sorgen einiger Anlieger (insbesondere die von Geschäftsleuten) noch berücksichtigt und geklärt



werden müssen. Dazu wird es öffentliche Fortsetzungsveranstaltungen geben, die zum Teil auch online stattfinden. Damit geht die Stadt Marburg zugleich innovative Wege im Bereich der BürgerInnenbeteiligung. Wir freuen uns, wenn sich auch weiterhin viele von Ihnen aktiv an der Erarbeitung der besten Lösung für die Verkehrsführung in der Nordstadt beteiligen. Wenn Sie sich genauer informieren möchten, empfehlen wir einen Blick auf [www.marburg.de](http://www.marburg.de) – dort finden Sie auch noch die Aufzeichnung des Live-streams.

# Gleiches Geld für gleiche Arbeit!

## Frauen in Gesundheitsberufen. Viel Dienst – wenig Verdienst

Noch immer verdienen Frauen rund 23 % weniger als ihre männlichen Kollegen. Dies liegt oft daran, dass sie in Branchen arbeiten, die traditionell schlechter entlohnt werden, als vergleichbare „Männerberufe“. Zudem arbeiten Frauen mehr Teilzeit und haben schon deshalb geringere Aussichten, Karriere zu machen. Selbst bei gleicher Tätigkeit verdienen Frauen weniger als Männer, ihnen wird oft auch weniger Einstiegsgehalt angeboten, als Männern in denselben Berufen. Der Equal Pay Day ist der internationale Aktionstag für die Entgeltgleichheit zwischen Männern und Frauen.

Den diesjährigen Equal Pay Day widmet die SPD den Frauen in Gesundheitsberufen.



**Marianne Wölk**  
Hansenhaus, Mitglied  
im Fraktionsvorstand

Solche sozialen Berufe werden als „typische“ Frauenberufe schlechter bezahlt als „typische“ Männerberufe. Krankenschwestern und Altenpflegerinnen gehören auch zu den schlecht bezahlten Berufen. Das darf so nicht bleiben, denn soziale Arbeit und Fürsorge wird heute immer wichtiger. Diskutieren Sie mit uns am 13.

März 2013 über die Lohnfindung in den Gesundheitsberufen

Veranstaltung: „Frauen in Gesundheitsberufen – viel Dienst wenig Verdienst“, am 13. März 2013, ab 19:00 Uhr im Wintergarten des Technologie- und Tagungszentrum Marburg, Softwarecenter 3.

Weitere Informationen:  
[www.equalpayday.de](http://www.equalpayday.de)

Aktuelle Informationen  
zur Arbeit der Marburger  
SPD-Fraktion:  
[www.spd-fraktion-marburg.de](http://www.spd-fraktion-marburg.de)

## Impressum

### Herausgeber und verantwortlich

Die Marburger  
SPD-Fraktion  
Biegenstraße 33  
35037 Marburg  
Telefon (06421) 16990-14  
Telefax (06421) 16990-18



[www.spd-fraktion-marburg.de](http://www.spd-fraktion-marburg.de)  
[spd-fraktion-marburg@t-online.de](mailto:spd-fraktion-marburg@t-online.de)

**Gestaltung und Satz** EigenArt –  
Thomas Neutze und Gabriele Rudolph

**Fotos** fotoART-Marburg, fotolia  
Michael Müller, Ulrich Severin,  
SPD-Landesverband Hessen

**Druck** Druckhaus Marburg

Gedruckt auf Recyclingpapier  
aus 100% Altpapier

